

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, in für einmalige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel von 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenisch-m Texten ausgegeben und versendet:

Verordnungen der k. k. Landesbehörden für das Herzogthum Krain. Jahrgang 1860. XII. Stück.

Inhalts-Übersicht:

43. Verordnung der k. k. Landesregierung in Krain vom 11. September 1860, Nr. 14.643, womit die für das Herzogthum Krain erlassene Weinarten-Ordnung kundgemacht wird.

Vom k. k. Redaktions-Bureau der Verordnungen der Landesbehörden für Krain.

Laibach den 25. September 1860.

Nichtamtlicher Theil.

Reichsraths-Sitzung

vom 22. September.

Nach Eröffnung der Sitzung des verstärkten Reichsrathes von gestern — 22. Sept. — fuhr Graf Clam fort, den Comitébericht zu verlesen, welcher noch einen schnellen Ueberblick auf die einzelnen Zweige der Staatsverwaltung wirft, und nicht nur bei Besprechung eines Theiles derselben die dagegen obwaltenden Beschwerden noch ein Mal kurz berührt, sondern auch die daraus für das Allgemeine hervor gehenden üblen Folgen erörtert. Der völlige Mangel an Vertrauen könne nur durch Gewährung einer festen Grundlage staatsrechtlicher Ordnung behoben werden.

Graf Clam bringt hierbei, einem früheren Beschlusse der Versammlung zufolge, die Verhältnisse der Presse und deren Behandlung zur Sprache. Er schildert die gegenwärtigen Zustände als unhaltbar, und dringt auf baldige Abhilfe. Deshalb stellt er den Antrag auf Annahme eines Zusatzes zu dem Comitéberichte, worin gesagt würde, daß auf einem der wichtigsten Gebiete sich administrative und richterliche Thätigkeit in verderblicher Weise dermaßen durchkreuzen, daß eine sichere Grenzlinie dieser beiden Einwirkungen völlig vermisst werde, welchem Zustande durch klare Vorschriften entschieden abgeholfen werden müsse. v. Matlatz unterstützt den Antrag, darauf hinweisend, daß, was sich bei den Zuständen der Presse in der Hauptstadt als unhaltbar darstelle, in den Provinzen noch größere Dimensionen annehme und dort noch drückender gefühlt werde. Weiter zu gehen, als eine solche Hinweisung auszusprechen, sei jedoch nicht Sache des Reichsrathes. Dr. Hein macht darauf aufmerksam, daß es selbst im wohlverstandenen Interesse der Regierung liege, das Rechtsbewußtsein des Volkes nicht durch Prekarienstände, wie die gegenwärtigen, zu untergraben. Ein gleichmäßiger gesetzlicher Vorgang in allen Theilen des Reiches sei, wie überall, so insbesondere auf diesem Felde dringend zu wünschen, und jede administrative Willkür hintanzuhalten.

Fürst Salin unterstützt den Antrag des Grafen Clam. Ein öffentliches Leben ohne freie Presse sei eben so wenig denkbar, als eine freie Presse ohne öffentliches Leben. Durch Unfreiheit habe die Presse vollkommen ihre Natur verloren. Von Seite des Grafen Szécsen geschieht das Gleiche, nicht nur wegen des Inhaltes, sondern insbesondere wegen der Form und der Würdigung, in welcher der Antrag gehalten sei. Das Wesen der Frage selbst zu discutiren, habe der Reichsrath zu vermeiden. Doch könne er nicht verschweigen, daß der Versuch, allzu übertriebene Beschränkungen der Presse festzuhalten, noch überall wirkungslos geblieben sei. Und immer mehr trete Dieß ein, je mehr die Verbindung zwischen den verschiedenen Ländern zunehme. Er weist zur Unterstützung dieser Meinung auf die Ansicht hin, welche ihm

gegenüber einmal Fürst Metternich ausgesprochen habe; und dieser berühmte Staatsmann, dessen großartiges Wirken in bewegter Zeit vielfach verkannt worden sei, habe ein schwarzes Urtheil gegen die Präventiv-Zensur gefällt.

Herr Maager schließt sich den Worten des Grafen Szécsen an, und freut sich, eine so allseitige Anerkennung dieser Ansichten in der Versammlung zu finden. Hervorheben müsse er noch die finanzielle Frage; die Kontrollbehörden kosteten viel, die beste Kontrolle bestehe aber in der öffentlichen Meinung, die nur durch eine freie Presse würdigen Ausdruck finden könne. v. Szögyenyi hält es für das Gefährlichste, liberale Institutionen einzuführen, und sie dann durch Administrativ-Maßregeln in ihrer freien Wirksamkeit zu behindern. Man sei nur allzu geneigt, die Freiheit der Presse nach den Auswüchsen zu beurtheilen, welche in bewegten Zeiten in so verabschämungswürdiger Weise an's Licht getreten seien. Es gelte jedoch nur, gesetzliche Schranken zu ziehen und diese ernstlich zu handhaben; dann würden kaum Uebelstände von irgendwelchem Gewichte zu befürchten sein. Graf Hartig theilt die vom Vorredner ausgesprochene Meinung. Die bisherige Empfindlichkeit gegen Äußerungen der Presse werde man sich bei freierer Bewegung derselben schon abgewöhnen. Jetzt sei es in mancher Beziehung noch übler als vor 1848, denn damals habe ein Schriftsteller sein Manuscript bloß der Zensur übergeben. Hatte es dieselbe passiert, so war er wenigstens vor materiellem Schaden sichergestellt; jetzt aber sei er stets in der Gefahr, daß das Buch nach dem Drucke mit Beschlage belegt werde, und somit auch noch die Druckkosten verloren gehen. Herr Trenkler unterstützt gleichfalls den Antrag des Grafen Clam, welcher von der Mehrheit der Versammlung angenommen wird.

v. Krauski bringt die Sprachenfrage mit besonderer Rücksicht auf Galizien zur Diskussion. Dort sei die Nationalsprache aus der Schule, den Gerichten, den Verwaltungsbehörden, kurz überall verdrängt worden. Er bezieht sich, Dieß durch spezielle, insbesondere dem Unterrichtswesen einnommene Angaben darzutun. Allgemein seien die Klagen hierüber, und man habe dieselben in früherer Zeit zwar angehört, aber erst in der jüngsten Zeit angefangen, auch ihre Ursache abzustellen. Man solle nicht glauben, daß, wenn man der polnischen Sprache ihr Recht gewähre, dadurch die deutsche Sprache verdrängt werden würde. Dieselbe werde vielmehr dann, wenn man sie Niemandem ausdrängen wolle, freiwillig von Jedem gelernt werden, der auf Bildung Anspruch mache. Doch müsse er zugeben, daß in jüngster Zeit eine den Wünschen der Bevölkerung mehr entsprechende Richtung eingeschlagen worden sei. Er bitte nur, dieselbe künftighin unverrückt und mit noch größerer Entschiedenheit zu verfolgen. Justizminister Graf Adaszy erklärt, daß angeordnet worden sei, alle Parteien, welche in polnischer oder ruthenischer Sprache Eingaben gemacht hätten, sollten auch in dieser Sprache ihre Bescheide erhalten. Der Ministerpräsident Graf Rechberg sagt, Herr v. Krauski habe in seinem ausführlichen Vortrage und zur Unterstützung seiner Ansicht der Verträge Erwähnung gethan. Er verzichte darauf, deren Inhalt aus dem Gedächtnisse treu wiederzugeben. Nur Das könne er versichern, daß dieselben sehr vag und unbestimmt gehalten seien. Dennoch werden Se. Majestät sowohl für Galizien, als alle übrigen Theile der Monarchie ihrem Worte getreu bleiben, und eben so die Interessen als die Nationalität aller österreichischen Unterthanen auf's Sorgsamste wahren.

Graf Szécsen glaubt, daß die Wünsche des Herrn v. Krauski, deren Berechtigung er vollkommen anerkenne, schon im Comitéberichte ausgedrückt seien, und daher alle die vielen H. H. Reichsräthe, welche in dieser Beziehung Anliegen auf dem Herzen hätten,

dieselben nicht besser, als durch Zustimmung zum Comitéberichte der Regierung empfehlen könnten. Graf Apponyi bemerkt, er wisse, daß Nichts schmerzlicher empfunden werde, als ein Angriff auf die historische Nationalität der einzelnen Völkerrämme. Er glaubt, diese höchwichtigen Fragen würden in der allgemeinen Organisation des Reiches hoffentlich auch ihre Lösung finden. Darum enthalte er sich, spezielle Klagen hinsichtlich Ungarns vorzubringen, schließe sich dem Antrage des Comité's vollkommen an, und hoffe, daß auch von den übrigen Mitgliedern der Versammlung das Gleiche geschehen werde. Freiherr v. Haimberg er sucht die ihm übertrieben schmeichenden Klagen wegen Unterdrückung der polnischen Nationalität auf ihr richtiges Maß zurückzuführen; Freiherr v. Lichtnerfeld aber glaubt, wenn man auf diesem Felde das Verlangen nach Konzessionen allzu weit ausdehne, man darauf verzichten müsse, die Rechtspflege auf den Standpunkt zu bringen, den man anstrebe. Bei der Anstellung eines Richters werde man nicht mehr danach fragen, ob er mit dem Gesetze vertraut sei, sondern die Nothwendigkeit der Kenntniß dieser oder jener Sprache werde künftighin das erste Erforderniß bilden. Warum man Leuten gegenüber, welche die deutsche Sprache wohl verständen, sich einer fremden bedienen sollte, sei ihm nicht einleuchtend. Er glaube, daß allgemeine Regeln nicht aufgestellt werden könnten, sondern, daß man sich je nach den betreffenden Verhältnissen richten müsse. Was insbesondere Galizien angehe, so könne wohl, wie es früher die lateinische Sprache gewesen, jetzt die deutsche Sprache als Verkehrsmittel in richterlichen Angelegenheiten angewendet werden. v. Szögyenyi glaubt, daß, was die Sprachenfrage betreffe, alle Ungarn einmüthig der gleichen Ansicht seien. Auch dort seien große Unbilligkeiten vorgekommen, der Grund davon liege aber in dem System, dessen Korollar er sei. Nachdem aber die Abstellung dieses Systems zugesagt worden sei, so könne er sich nur dem Antrage des Grafen Apponyi anschließen.

Bischof Stroßmayer hält den wissenschaftlichen Werth des gegenwärtigen Unterrichtssystems für ungleich höher, als den des früheren. Auch müsse er anerkennen, daß in den Volks- und Mittelschulen für die Ausbildung jener Sprachen, welche früher auf sehr niedriger Stufe gestanden, viel geschehen sei. Andererseits könne auch nicht geläugnet werden, daß im höheren Unterrichte die deutsche Sprache allzu sehr vernachlässigt, und die übrigen Sprachen zu sehr beschränkt worden seien. Allerdings forderte es die Rücksicht auf die Nothwendigkeit, der Jugend das Einheimische der deutschen Sprache allgemein zugänglich zu machen. Aber auch Dieß könne übertrieben werden, und es schiene ihm Solches in der That oft der Fall gewesen zu sein. Außerdem müsse die Regierung mit gleichem oder noch größerem Eifer für Ausbildung noch weniger entwickelter Sprachen sorgen. Er beaeuert, daß beim Justizministerium das Bureau für Uebersetzung der Geiste aufgehoben worden sei, welches ausgezeichnete Arbeiten geliefert habe. Justizminister Graf Adaszy gibt hierüber Aufklärung, und versichert, daß jedes Gesetz, dessen Kenntniß dem Volke von Nutzen wäre, wie bisher auch künftighin in die betreffenden Sprachen übersetzt werden solle. Graf Clam hebt hervor, daß schon das schöne Wort „Muttersprache“ auf den Zander hindeutet, welchen die heimathliche Sprache auf Jedem ausübe. Eben deshalb sei aber eine einseitige Verdrängung eines so tief eingreifenden Gegenstandes nur von äußerster Wirkung; diese Frage könne ihre Lösung nur in der künftigen Einrichtung des ganzen Staatsorganismus finden, und er beantrage daher die Rückkehr zum Comitéberichte.

Nachdem Dieß eben so wie die vom Reichsrathe Ritter v. Krauski beantragte Modification von der

Verammlung angenommen worden, ist Graf Szécsen die Vorlesung des Berichtes bis zu dessen Ende fort, wo derselbe mit dem bekannten Majoritätsantrage schließt. Graf Clam verliest das Minoritätsvotum, worauf Graf Szécsen die Gründe ausführlich erörterte, welche die Majorität des Comité's zu ihrem Antrage bewogen haben. Dasselbe sei von dem Grundsatz ausgegangen, daß nicht eine ziffermäßige, sondern eine prinzipielle Beurtheilung des Budgets seine Aufgabe sei. Die Prüfung der Mißstände habe es darauf geführt; die Ursache derselben liege hauptsächlich darin, daß man den ursprünglichen Charakter der Monarchie seit vielen Jahren vollständig verkannt habe. Daß unmittelbar und auch längere Zeit nach der Revolutionszeit die oberste Gewalt gewissermaßen diktatorisch konzentriert gewesen sei, hätte nicht anders sein können; von dem Augenblicke aber, wo Dief nicht mehr als notwendig sich dargestellt habe, hätte man auch mit Entschlossenheit den andern einzig zum Heile führenden Weg betreten, und der historisch-politischen Individualität der einzelnen Theile des Reiches ihr Recht widerfahren lassen sollen. Diese historisch-politische Individualität sei Ursache, daß es eben so wenig wie ein Departement Donau oder Theiß, ein Departement Treppan oder Klagenfurt gebe. Diese Individualität ignorieren, heißt noch nicht, sie beseitigen. Da trete die Frage des Verhältnisses zu Ungarn in den Vordergrund. Er und seine Stammesgenossen seien weder berechtigt noch gesonnen, als Vertreter ihres Landes aufzutreten; sie sprächen nur nach individueller Ueberzeugung. Diese spreche aber dafür, daß Ungarns Kraft und Macht eben so notwendig für Oesterreichs Bestand, als Oesterreichs Bestand für Ungarns Heil unerlässlich sei. Jeder Versuch, eine Trennung herbeizuführen, würde beide Länder verderben. Unmöglich sei es aber auch, das Gefühl des Patriotismus für irgend eine Staatenbildung zu entwickeln, wenn man damit beginnen wollte, den Patriotismus für die einzelnen Heimatländer zu erlöchen. Freilich erschöpfte der Ausdruck der historisch-politischen Individualität nicht den ganzen Inhalt des Staatslebens, insbesondere in jenen Ländern, wo verschiedene Nationalitäten neben einander wohnen. Gewiß könne die Nationalitätsfrage gelöst werden, nur dürfe man hiezu nicht den Weg der Aufreizung zur Zwietracht, sondern den der Gerechtigkeit und Versöhnlichkeit betreten. In dem Augenblicke, in welchem mit jenem Prinzip in fremden Ländern so empfindlicher Mißbrauch getrieben wird, könne allerdings auch im Innern der Monarchie diese Frage nicht in einer Weise gelöst werden, welche neuen verwerflichen Umtrieben nur neuen Zündstoff liefern würde.

Die Anerkennung der historisch-politischen Individualitäten brauche auch nicht dahin zu führen, dort aufgedrungen zu werden, wo man derselben nicht bedürfe. Dort aber, wo Dief notwendig sei, müsse es unbedingt geschehen, natürlich nur mit gewissenhafter Wahrnehmung alles Dessen, was zum gesamtstaatlichen Verstande der Monarchie notwendig sei. Gegen den Bestand derselben seine Stimme zu erheben, heiße den Bürgerkrieg über jeden einzelnen Landestheil heraufbeschwören. Lange habe die Monarchie schon existiert, bevor nun ihr Name ausgesprochen sei; eben deshalb müsse ihr Fortbestand mit derjenigen der Erhaltung der Individualität der einzelnen Kronländer in innigsten Zusammenhang gebracht werden. Dief könne nur durch die Autonomie der Länder geschehen, welche dann am gefährlichsten sei, wenn sie, ohne die wirklichen Bedürfnisse zu befriedigen, nur als eine Scheinkonfession hingestellt werde. Sie einerseits in's Leben zu rufen, und andererseits den Gesamtverband der Theile des Kaiserstaates als unantastbar darzustellen. Das sei die Aufgabe, und den Weg anzuzeigen, auf welchem dieselbe verwirklicht werden könne, müsse der Reichsrath sich als berufen ansehen. Da sei es denn seine Ueberzeugung, daß das politische Leben sich nicht bloß in den höchsten Zweigen der Staatsverwaltung konzentriert, sondern daß es vermittelt glücklicher Municipalinstitutionen sich erstreckend bis in die niederen Schichten der Bevölkerung erstrecken solle. Der Abfall des Majoritätsvotums, worin von den historischen Rechten die Rede sei, habe vielfach die Befürchtung erregt, als ob die Aufstellung von Municipalinstitutionen dort, wo deren seit langen Jahren keine bestanden, nicht eben so, als wie in den andern Ländern in's Leben gerufen werden sollte. Das Comité sei von dem Gefühle befreit gewesen, daß, wenn die Neugestaltung der Monarchie eine Wahrheit werden sollte, nicht mehr die alten Gegensätze widerstehen, sondern die gleichen Rechte, wenn vielleicht nicht der Form, aber der Wesenheit nach überall eingeräumt werden sollen.

Graf Stephan Szécsényi habe oft gesagt, daß die Verbindung der verschiedenen österreichischen Länder unter sich wohl alle Nachteile einer gemischten Ehe mit sich bringe, daß sie aber von den Vortheilen einer Ehe überhaupt weit übertrage würde. Dabin zu wirken, daß diese Ehe von Niemanden mehr als eine gemischte angesehen werde, sei das gemeinsame Ziel,

welches Alle unermüdet im Auge haben müßten. Zu welcher Weise Dief geschehen solle, dazu seien im Majoritätsvotum die allgemeinen Andeutungen gegeben, weiter zu gehen, hätte das Comité den Reichsrath nicht für kompetent angesehen, denn es wisse wohl, daß Nichts gefährlicher sei, als plötzlich im Wege der Diskussion alle Grundlagen des bisherigen staatsrechtlichen Zustandes in Frage zu stellen. Die in andern Ländern in solcher Richtung gemachten Versuche hätten sich überall als tödliche dargestellt, und hätten den Reichsrath von dem gleichen Wege nur abhalten können. Ein Zustimmung zu irgend einem konkreten Beschlusse würde zu gar Nichts führen; den Weg andeuten, den Beschluß aber dem Einvernehmen des Monarchen mit den Ländern selbst anheimstellen. Das hätten die Mitglieder des Reichsrathes, wenigstens diejenigen aus Ungarn, als ihre Pflicht angesehen. Niemand würde es den Ungarn beikommen, die glorievolle Erhebung des Landes im Jahre 1741 für den Fortbestand der Monarchie nicht als ein heiliges und immerdar zu befolgendes Beispiel anzusehen. In einer Zeit, in welcher auf völkerrechtlichem Gebiete Grundsätze zu einem, wenn auch nur augenblicklichen Siege gelangen, die das Völkerrecht selbst völlig vernichten, da wäre es von unberechenbarem Gewinn, auf dem staatsrechtlichen Felde eine Lösung zu finden, welche die Interessen der Freiheit in gleichem Maße, wie diejenigen der Ordnung, zu wahren geeignet ist. Der Reichsrath möge sich daher in einer entschiedenen Majorität zu einem eben so entschlossenen als maßvollen Vorgehen vereinigen, und er wird mit dem Bewußtsein auseinandergehen können, eine große Aufgabe gelöst zu haben. Der Weg, auf welchem nach seiner Ansicht dieselbe sich verwirklichen lassen wird, könne in die zwei Worte zusammengefaßt werden: „Recht gibt Kraft.“

Graf Clam glaubt, nicht nur die Ungarn, sondern auch die Oesterreicher müßten dem Antrage beitreten, denn die letzteren könnten nicht geringeren Werth darauf legen, als die ersteren, daß Dasjenige, was Ungarn mit Recht verlangen dürfe, ihm auch gewährt werde, weil nur dadurch der bisherige Mißstand endlich gründlich heilen lasse. Ueberdies sei das Bewußtsein der historisch-politischen Individualität nicht ein ausschließliches Bewußtsein der ungarischen Nation, auch die übrigen Kronländer beäßen dasselbe, und die Macht der Bureaucratie hätte es nicht zu verwehren vermocht. Die realen Verhältnisse der einzelnen Kronländer seien stärker gewesen, als jene Bestrebungen. Die sogenannten zentrifugalen Wirkungen einer möglichst selbstständigen Stellung der Kronländer müsse er beistimmen; nur wer seiner speziellen Heimat anhänglich sei, werde sich dieses Gefühl auch für die Gesamtheit bewahren. Napoleon habe die Stärke jenes Gefühls erkannt; denn als er siegreich vor Wien gestanden, habe er sich mit dem Gedanken einer Zerstückelung der österreichischen Monarchie beschäftigt, aber bald eingesehen, daß er Dief nicht durchzuführen vermöge. Und wenig Monate darauf sei der besiegte Kaiser in seine Hauptstadt eingezogen, und mit einem größeren und wahrhaftigeren Jubel empfangen worden, als ihn Napoleon jemals erfahren. Der Gedanke des großen Eroberers sei jedoch nicht verloren gegangen; er werde jetzt mehr als je gelehrt, und diesen Plänen entgegen zu treten. Das sei die erste Aufgabe, vor welcher alle übrigen zurückweichen müßten. Das könne aber nur geschehen, wenn jedem Lande, jeder Nationalität innerhalb der großen Grenzen ihr Recht werde. Daher müßte deren Bestreben nach möglicher Autonomie Befriedigung werden. Die Bedeutung auf ein gewisses Selbstverwaltungsrecht sei wohl auch im Minoritätsvotum enthalten, eine solche Quoderausgabe der Autonomie würde jedoch in den Kronländern keine Abnahme finden, sondern höchstens die Maculatur auf dem Wiener Plage vermehren. Wie man aber im Majoritätsvotum eine Gefährdung der Reichseinheit erblicken könne, vermöge er nicht einzusehen. In die nähere Charakterisirung der in diesem Entschlusse enthaltenen Vorschläge einzugehen, müsse jedoch auch seiner Ansicht nach der Reichsrath sich enthalten.

Sind die Hauptbedingungen der Einheit gewahrt, dann findet sich innerhalb derselben auch Raum genug zur Entfaltung der je nach den einzelnen Kronländern obwaltenden Verschiedenheiten. Der Redner erörtert die Möglichkeit, municipale Institutionen auch dort einzuführen, wo sie bisher nicht bestanden haben. Der Weg hiezu müsse und werde gefunden werden, denn aus diesem Selbstverwaltungsrechte allein könnten gesunde politische Institutionen hervorgehen. Die Elemente hiezu werden sich reichlich vorfinden, wenn sie nur nicht in das Verhältniß einer gegenseitigen Ueberordnung, sondern in dasjenige der Koordination gebracht werden. Er frage, ob es ein verdienstliches Werk sei, immer zu rütteln an der Geschichte, in welcher am Ende doch nur die Pietät wurzte für alles Hobe und Erhabene. Eben so entschieden wie hiegegen spreche er sich jedoch auch gegen jeden Versuch aus, abgelebte, der Geschichte anheimgefallene Einrichtungen wieder ins Leben zurückzurufen. Nicht

eine Wiederherstellung, wohl aber eine Verjüngung Dessen strebe er an, was früher gewesen; diese Richtung zeichne das Majoritätsvotum vor, und in diesem Sinne erkläre er sich für dasselbe. Wohl sei es Mode, über ständische Institutionen den Stab zu brechen; sie hätten aber Jahrhunderte gedauert, und Das müsse von den Einrichtungen, welche von gewisser Seite her so sehr anempfohlen worden, erst noch erwartet werden. Er habe es für seine Pflicht gehalten, offen zu reden; ob es ihm gelungen sei, entgegengegesetzte Ansichten zu bekehren, wisse er nicht, er wolle sich aber mit gutem Gewissen sagen können: dixi et salvavi animam.

Dr. Hein eröffnete als Berichterstatter der Minorität seine Rede mit der Bemerkung: Das wenigstens sei dem Grafen Clam nicht gelungen, wenn er es überhaupt beabsichtigt habe, zur Versöhnung beizutragen. Das Minoritätsvotum habe vielfach Zustimmung gefunden und er fürchte nicht, daß es als Maculatur vermodern werde; sollte ihm Dief beschieden sein, so werde es dann mit dem Majoritätsvotum gewiß nur das gleiche Schicksal theilen. Er wende sich von der Rede des Grafen Clam zu den schönen patriotischen Worten des Grafen Szécsen, und da glaube er wohl mit ihm, daß in den Absichten der Comitémitglieder kein Unterschied obwalte, wenn sie auch über den Weg auseinander gingen, auf welchem dieselben zu verwirklichen wären. Er müsse als Berichterstatter der Minorität demjenigen Ausruf verbleiben, was dieselbe gegen den Majoritätsantrag einzuwenden habe; er wolle sich bestreben, dief in persönlicher Weise zu thun. Er erkläre sich gegen die Forderung der inneren Legislation; aus derselben folgere aber eine zu weit gehende Selbstständigkeit auf dem Felde der Gesetzgebung. Wer auf die Wiederbelebung früherer Institutionen aussehe, der möge doch bedenken, daß sich seither Faktoren des Staatslebens vielfach und in überraschendem Maße entwickelt hätten, welche zu jener Zeit gar keine, oder doch gewiß eine ihrem jetzigen Gewichte auch nur im Entferntesten entsprechende Beachtung gefunden hätten.

Er wolle keine Wunden unanft berühren, aber selbst in Ungarn habe es in gewissen Zeitpunkten Institutionen gegeben, auf welche wohl der entschiedenste Anhänger des Majoritätsvotums nicht werde zurückgreifen wollen. Wie weit dieses aber zurückzugehen beabsichtige, sei nicht darin ausgesprochen; Jeder hege eine verschiedene Ansicht, das Majoritätsvotum sei stumm darüber, und daher habe sich die Minorität auch in dieser Hinsicht nicht dafür aussprechen können. Der Reichsrath sei eben berufen als Rathgeber der Krone; da habe er in klaren Worten, nicht aber in Räthseln sich auszusprechen, welchen Jeder eine abweichende Deutung verleihe. Die Majorität würde gut daran thun, ihren Antrag näher zu präzisieren; dann würde vielleicht Jeder mit ihr gehen können. Er wünsche eine Kombination, welche der beiderseitigen Anschauung Gerechtigkeit widerfahren lasse, und die Minorität würde jedem darauf abzielenden Antrage beitreten. Der Antrag der letzteren sei so klar, daß er unmöglich mißverstanden werden könne, wenn Dief nicht etwa aus Parteilichkeit geschehe. Denn Niemand wird bestreiten, daß politische Institutionen nur dann heilsam wirken können, wenn der freien Meinungsäußerung und Selbstbestimmung der gesetzliche Boden eingeräumt wird.

Von höchster Wichtigkeit sei es, eine bestimmte Ansicht darüber zu vernehmen, ob die Majorität ein Fortbestehen und eine Ausbildung des Institutes des Reichsrathes wünsche. Wenn derselbe nach der Ansicht Sr. Maj. über die Vorlagen der Landesvertretungen berathen solle, so müsse er auch höher stehen, als diese; was die Majorität hierüber denke, sei noch nirgends gesagt worden. Wohl aber werde sie den Schlußworten des Minoritätsvotums bestimmen, und Das erwecke in ihm noch die Hoffnung, daß vielleicht dennoch eine Ausgleichung gefunden werde, indem ja Alle dasselbe, die Erhaltung der Reichseinheit mit möglicher Entfaltung der Hilfsquellen der einzelnen Kronländer, beabsichtigen.

(Wie die „Öst.-D. Post“ berichtet, verlangte Dr. Hein die Vorlesung des Vorhabens, den einige Mitglieder der Majorität zu dem Antrage derselben gemacht. Graf Clam erklärte, daß ein solcher nicht vorliege. Dr. Hein behauptet, er wisse bestimmt, daß ein solcher [der Auerperg'sche Antrag] gemacht und formuliert worden sei. Hierauf erhebt sich Graf Auerperg zu der Erklärung, daß er allerdings einen besondern Antrag verfaßt habe und vortragen wollte. Derselbe habe den Zweck gehabt, die entgegenstehenden Anträge und Meinungen zu vermitteln. Da er sich aber in den letzten Tagen überzeugt habe, daß für eine solche Vermittlung keine Aussicht auf Erfolg sei, so unterlasse er sein Spezialvotum, und schließe sich einfach der Majorität an.)

Nach einigen Bemerkungen des Grafen Clam, worin er seine Änderungen zu rechtfertigen suchte, wird die Sitzung geschlossen.

Vom Kriegsschauplatz in Italien.

Nach und nach laufen Nachrichten ein, welche eine Uebersicht der militärischen Operationen im Kirchenstaate vom Beginn des Feldzuges an ermöglichen. Wir erkennen daraus zweierlei: Erstens, daß General Lamoricière in der That in dem Wahne befangen war, die Piemontesen würden nicht wagen, ihn anzugreifen. Als er Depesche auf Depesche erhielt, daß die Piemontesen sich an der Cattolica sammeln, soll er, einer Mittheilung der „Patrie“ zufolge, gerufen haben: „Sie haben Angst, als wenn das Donnerwetter ihnen im Nacken säße; aber noch regnet es nicht; sie wagen nichts!“ Als ihm die bekannte Communication des piemontesischen Obergenerals übergeben wurde, sagte er zu dessen Adjutanten Farini: „Ihre Generale wissen wahrscheinlich, daß ich Ancona vierzehn Tage halten kann. Das ist viel. Vielleicht ist dann Alessandria nicht mehr das Ihrige.“

Ist es nicht offenbar, daß Lamoricière auf rechtzeitige Intervention zu Gunsten des Kirchenstaates, sei es moralischer, sei es militärischer Art, mit Zuversicht rechnete? Wer hatte ihn in diesen Irrthum hinein- gelockt, aus welchem allein sich die unglückliche Disposition seiner Truppen im Momente des Ueberfalles erklären läßt? Auch das Räthsel der telegraphischen Depesche, welche Lamoricière am 15. d. M. nach Ancona schickte und worin er die bevorstehende Ankunft einer französischen Verstärkung von 25.000 M. und 48 Kanonen verkündete, ist noch nicht gelöst. Hier liegen Machinationen vor, deren Urheber vielleicht nie genannt werden, welche aber zu dem raschen Untergang der päpstlichen Armee wesentlich beigetragen haben.

Das Zweite, was wir aus der uns vorliegenden Nachrichten entnehmen, ist der Umstand, daß General Cialdini den Vortheil, welchen er noch vor der Schlacht von Castelfidardo durch die Unterbrechung der Kommunikation zwischen dem Lager von Macerata und Ancona errang, einem Marsche verdankte, den seine Truppen mit außerordentlicher Raschheit vollführten. Cialdini's Korps legte in 21 Stunden 38 Meilen zurück, gelangte dadurch in den Besitz der Positionen von Torre de Jesi, Osimo und Castelfidardo, und schnitt Lamoricière's Hauptkorps von der Festung Ancona, seinem letzten Reduit, ab. Dieß Manöver war ein außerordentlich glückliches, und führte die bekannte Entscheidung mit Nothwendigkeit herbei. Wir erhalten heute auch Aufklärung über den Ursprung der irrtümlichen Nachricht von einem Siege Lamoricière's. Diese Angabe bezog sich wahrscheinlich auf die Waffenthat einer Kolonne seiner Truppen, welche bei Sinigaglia bereits von ihrer Rückzugslinie abgeschnitten war, der es aber gelang, bei St. Angelo quer durch eine piemontesische Division hindurch zu passiren, und mit zwei Kanonen nach Ancona zu gelangen.

Der „A. A. Z.“ wird darüber aus Ancona, 14. September, berichtet: Oberst Kanzler traf mit seiner Kolonne heute Nacht von Pesaro hier ein, nachdem er durch einen sehr kühnen Rückzug sich davor gerettet hatte, gänzlich abgeschnitten zu werden. Oberhalb Sinigaglia fand er die Piemontesen bereits in Schlachtlinie aufgestellt. Dadurch, daß er gerade auf das feindliche Korps (unter General Cialdini) losmarschirte, und dann plötzlich die Längs des Meeres sich hingehenden Ausläufer der Apenninen zu gewinnen suchte, brachte er den piemontesischen Befehlshaber zu dem Glauben, die päpstliche Truppenkolonne wolle sich nach Jesi in's Gebirge werfen. Die Piemontesen besaßen sich daher, die Straße dorthin abzuschneiden und gaben dem Obersten Kanzler dadurch Gelegenheit, mit Benützung der eintretenden Dunkelheit wieder auf die Hauptstraße zu kommen. Jedoch ging die ganze Pagaie verloren, und die Nachhut, welche mit der piemontesischen Vorhut fortwährend im Gefecht blieb, verlor beinahe vollständig. Das ausgeführte Manöver rettete aber doch das Hauptkorps, denn von der piemontesischen Uebermacht bereits hart gedrängt, blieb nur Gefangenschaft oder der Tod im Meere als Aussicht.

An dem tüchtigen Offizier, der das Manöver ausführte, wird Lamoricière in Ancona eine gute Stütze haben. Leider spricht aus allen Korrespondenzen, die aus jener Festung eingehen, die Ueberzeugung, daß der Platz sich nicht lange halten werde. Die Vertheidigungsmaßregeln, so schreibt unter Anderm ein Berichterstatter der „A. A. Z.“, sind im Allgemeinen so getroffen, daß man beinahe glauben könnte, die Truppenführer fühlten die Unmöglichkeit, die Stadt für den heiligen Stuhl zu behaupten.

Oesterreich.

Venedig, 21. September. Das Statthalterei-Präsidium macht bekannt, zur Verhütung der Einschmuggelung von Waffen und Brandschriften, Einschleppens gefährlicher Individuen und heimlicher Flucht über die Grenze, seien die Militär-Patrouillen an

der Grenze angewiesen, bei Widerseßlichkeit von den Waffen umfassenden Gebrauch zu machen. Die Küstenbeleuchtung wurde eingestellt.

Italienische Staaten.

Livorno, 20. Sept. Garibaldi hat entschieden die Annexion verweigert, weshalb Depress seine Demission gegeben. Der Finanzminister Scialoja folgte diesem Beispiel. Der englische Admiral vor Neapel schreibt: „Die Zustände dahier sind durchaus nicht befriedigend. Viktor Emanuel muß nach Neapel kommen, je eher desto besser.“ Daß Capua, Aversa und Gaeta von den Garibaldianern angegriffen worden, ist bis jetzt noch unwahr.

Genua, 21. Sept. General Schmidt wurde schon von einem Offizier an die Grenze der Schweiz begleitet. Die päpstlichen Truppen schlugen sich mit der äußersten Erbitterung und Hartnäckigkeit. Mehrere Aerzte wurden requirirt, um sich auf den Kriegsschauplatz zu begeben. Unter den in Spoleto Gefangenen befindet sich der dortige Delegat Monsiegn. Prericali.

Mailand, 21. Septbr. Mazzini weilt in Lugano und schreibt: „Ich gewinne immer mehr Boden und strebe ohne Rast, mein Ziel zu erreichen. Ich denke, auch Garibaldi werde noch meinen Zwecken dienen.“

— Das „J. d. Debats“ bringt von seinem wohlunterrichteten neapolitan. Korrespondenten neue Nachrichten über die letzten Stunden der Dynastie Bourbon. Wir entnehmen denselben Folgendes: „Während der König zu Schiff nach Gaeta fuhr, folgten ihm zu Lande die Reste seiner einst so stattlichen Armee, etwa noch 8000 Mann, die von Neapel am 6. abzogen; „die Fremden-Korps waren zum großen Theile zu Garibaldi übergegangen.“ Die Kriegskasse hatte der König nach Gaeta vorausgeschickt: „der König hat dem Schatz 220.000 Dukati für die Kriegskasse in Gaeta, 40.000 für die von Capua und 880.000 Dukati für seine eigene Person abgefordert, und da kein Geld mehr im Staatschatz war, so nahm man diese 1.400.000 Dukati aus der Bank und übermachte ihr dafür Renten-scheine.“ Den Befehlshabern der Forts Sant Elmo und del Uovo hinterließ der König versiegelte Instruktionen; diese Nachricht verbreitete Schrecken in Neapel. Auch befahl der König dem General Marcorrea, die Maschinen in der Stückgießerei zu zerstören; dieser Befehl blieb jedoch unausgeführt.“ Den „Debats“ zufolge geht die Gemalin des Königs Franz nicht mit nach Spanien, sondern nach München, wohin der Fürst von Buffano sie begleitet.

Franreich.

Paris, 19. Sept. „Man hat in Toulon auf den Kaiser geschossen“ — meldeten wir vor drei Tagen. „Das ist nicht wahr“, sagt heute die „Patrie“; „die Nachricht von einem verbrecherischen Attentat auf die Person des Kaisers ist vollständig falsch.“ Mit dem Schusse hat es aber gleichwohl seine Richtigkeit. Ein ehemaliger Postbeamter, Namens Burle, ein überspannter Kopf, hatte seit zehn Jahren für Louis Napoleon, den er vergöttert, mit einer alle Logik übersteigenden Hingebung Propaganda zu machen gesucht, war aber, da er über der Politik seine ordinäre Berufspflicht vernachlässigte, von der ihm vorgesetzten Behörde aus dem Dienste entlassen worden. Der Kaiser hatte ihm seitdem Privatunterstützung gewährt und auch bei einem seiner Kinder Pathe gestanden. Dieser Enthusiast wünschte sich nun in Toulon seinem erhabenen Götterbild persönlich vorzustellen, und versiel, da die Polizei ihm jede Annäherung an Se. Majestät unmöglich machte, auf die zwar nicht mehr ganz neue Idee, die Aufmerksamkeit des Kaisers durch einen Knallseffekt auf sich zu ziehen. Als Ihre Majestät die Neustadt passirten, fiel der Schuß; Burle hatte eine Pistole in die Luft geknallt. Allerdings dachte Alles im ersten Augenblick an ein Attentat: als aber die Polizei den Streuschützen gepackt und erkannt hatte, daß der Knall nur eine Huldigung hatte sein sollen, löste sich Alles in Wohlgefallen auf. Burle erhielt ein Paar Maulschellen; damit war die Sache abgethan.

Paris, 21. Sept. Die Nachricht der offiziellen Blätter von der Abreise des sardischen Gesandten.

Nigra, ist ungenau. Derselbe wird wahrscheinlich nach der Ankunft des Kaisers abreisen. — Dem Vernehmen nach beharrt Garibaldi bei seiner Absicht, auf Rom zu marschiren. — Hier ist abermals das Gerücht verbreitet, der Papst werde Rom verlassen. — „Pays“ und „Patrie“ dementiren die Nachricht von einem Proteste Oesterreichs gegen die neuesten Ereignisse im Kirchenstaat; die österreichische Regierung habe lediglich ein Rundschreiben erlassen, worin es seine Ansichten im Betreff der Dinge in Italien darlegt.

Todesfall.

Der Weihbischof der Diözese Breslau und Bischof von Hebron i. p. i. Bernhard Bogedain ist am 17. d. M. mitten in seinem Verufe zu Pless an einem Lungenfalle gestorben. Er war 1810 zu Hrubel in Oberschlesien geboren und 1834 zum Priester geweiht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Laibach. Heute früh gegen 3 Uhr fand bei Kressnitz ein Zusammenstoß zweier Bahnzüge statt, wobei ein Packer todt blieb. Die näheren Umstände sind noch nicht bekannt.

Coblenz, 22. September. Gutem Vernehmen nach wird Freiherr v. Schleinitz am 9. Oktober in Coblenz mit Lord John Russell, welcher die Königin Viktoria hieher begleitet, konferiren.

Paris, 22. September. Die hier verbreitete Nachricht, die Oesterreicher hätten den Rincio passirt, wird offiziell dementirt.

Die „Patrie“ läugnet, daß Kaiser Napoleon den Wunsch ausgedrückt habe, den Festlichkeiten in Warschau beizuwohnen.

Smolin, 23. Sept. „Serbste Novine“ melden: Fürst Milosch ist nicht todt, befindet sich auf dem Wege der Besserung; man hofft die gänzliche Herstellung desselben.

Neuestes aus Italien.

Mailand, 23. Sept. Der heutigen „Perseveranza“ wird aus Turin vom 22. geschrieben: Der Kommandant der Belagerungs-Armee vor Ancona hat den in dieser Stadt weilenden Fremden 3 Tage Frist zur Ordnung ihrer Angelegenheiten gewährt. Cialdini erhielt das Großkreuz des Militär-Ordens von Savoyen. Garibaldi's Brief an Brusco hat in Turin großes Aufsehen erregt. — Der Verlust der Piemontesen bei Castelfidardo beträgt bei 1000 Mann und 11 Offiziere an Todten und Verwundeten.

Neapel, 18. Septbr. Die Kriegsschiffe der neapolitanischen Flotte befinden sich ohne Matrosen; ein Theil ist nach Hause, der größere Theil nach Gaeta desertirt.

Caserta, 18. Sept. Baron Brenier verläßt am 21. Neap. l. nachdem er sein Wappen eingezogen.

Turin, 23. Sept. Ein Veltarifist der heutigen „Opinione“, mit der Ueberschrift „Cavour und Garibaldi“, bemerkt: „Nicht Garibaldi's Waffen, sondern Cavour's Politik werden Italien schaffen; sobald die Marken und Umbrien pazifizirt sind, dürfte die Vertheidigung des Papstes den piemontesischen Truppen anvertraut werden, und diese werden Rom bis auf's Aeußerste gegen einen Angriff Garibaldi's schützen. Das Ministerium wird sein Programm aufrecht erhalten und stark und energisch genug sein, das entgegengelegte Programm Garibaldi's, das er unbefugter Weise im Namen Viktor Emanuels an den Tag legt, zu paralyßiren. Das Ministerium wird in diesem Zwischspalte die Nation auf seiner Seite haben.“

Theater.

Heute, Dienstag: „Mönch und Soldat“, Charakterbild in 3 Akten.

Fräulein v. Franken, welche gestern Abend kurz vor Beginn der Vorstellung so erkrankte, daß an eine Aufführung des „Marziß“ nicht zu denken war, und dem schon versammelten Publikum das Eintrittsgeld zurückerstattet werden mußte, befindet sich zwar auf dem Wege der Besserung, ist aber so schwach, daß ihr Auftreten für heute Abend nicht möglich ist.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
22. September	6 Uhr Morg.	328.91	+ 4.9 Gr.	N.	still	0.00
	2 " Nachm.	327.97	+ 15.4 " "	N.	ditto	
	10 " Abd.	328.18	+ 9.4 " "	NNW.	ditto	
23. "	6 Uhr Morg.	328.01	+ 6.3 Gr.	NW.	still	0.00
	2 " Nachm.	327.10	+ 15.4 " "	NW.	ditto	
	10 " Abd.	326.93	+ 9.4 " "	NW.	ditto	
24. "	6 Uhr Morg.	326.74	+ 7.0 Gr.	NW.	still	0.00
	2 " Nachm.	326.15	+ 15.4 " "	W.	schwach	
	10 " Abd.	326.81	+ 10.7 " "	W.	ditto	

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien Den 24. September 1860.

Effekten.	Wechsel.
5% Metastat. 64.	Angsburg . . . 114.
5% Nat. Anl. 75.	London . . . 133.10
Bankaktien . . 743.	K. k. Oest. 6.35
Kreditaktien . 169.	

Fremden-Anzeige.

Den 22. September 1860.

Hr. Javonsky, Ombesitzer, von Wollendorf. — Hr. Buchs, Eisenbahn-Direktor, von Wien. — Hr. Marting, Hauptzollamtsinhaber, von Vro. — Die Herren v. Stankühl, Brink und Jechl, Kaufleute, von Triest. — Hr. Sandbichler, Handelsmann, von Wollstadt. — Hr. Puker, Agent, von Paternon. — Hr. Baronin Rübeck, von Wien.

Den 23. Hr. Rektoritz, k. k. Rechnungs Rath, von Brunn. — Hr. Petan, k. k. Hauptzollamts-Offizial, von Zimne. — Hr. Svoitzer, k. k. Bezirksvorsteher, von Gubar. — Hr. Jozari, Besitzer, von Görz. — Hr. Brisch, Handelsmann, von Eßeg.

3. 328 a (3)

Kundmachung.

Von Seite des k. k. Militär-Fuhrwesens-Standesdepot Nr. 6 wird bekannt gemacht, daß Mittwoch am 26. d. M.

drei Stück militärdienstuntaugliche Zugpferde

hier in Laibach am Jahrmarktplatz um die 9. Vormittagsstunde an den Meistbietenden öffentlich veräußert werden, wozu Kauflustige eingeladen sind.

Laibach am 21. September 1860.

3. 1705. (1)

Nr. 2703.

Kundmachung.

Ueber Ansuchen des Hrn. Eduard Heiden, Glasfabriksbesitzer in Gairach, nun in Graßnig, ist die freiwillige Versteigerung seiner Realitäten und Mobilarien im Orte Gairach, bestehend:

- a) aus dem großen gemauerten, 1 Stock hohen, mit Ziegeln eingedeckten Wohnhause, mit 8 geräumigen Wohnzimmern, 2 Speisgewölben und sonstigen Verhältnissen und den dazu gehörigen 2 Gemüsegärten, dann 8 Joch 474 Quadratklaster Acker, Wiese und Weiden;
- b) aus 1 ebenerdigen Wohnhause mit 2 großen Zimmern, 1 Pferdestall auf 8 Pferde und 1 Wagenremise;
- c) aus 2 gemauerten Kellergebäuden und Magazinen, 1 Kubikställe für 6 Stück, aus einer Mädchekammer, Dreschboden, und sonstigen Wirtschaftsgebäuden;
- d) aus der gut ausgestatteten Hammerschmiede im Laichengraben;
- e) aus der Bauernrealität in der Ortschaft Goretze, bestehend aus 26 Joch 1528 Quadratklastern gut kultivierter Acker, Wiesen, Weinärten und Waldungen, dann Wohn- und Wirtschaftsgebäuden;
- f) aus verschiedenen todt und lebenden Jochnissen, als: 12 Wägen, Schlitten, 6 Pferde, große und kleine Weinfässer und verschiedenen sonstigen Haus- und Zimmereinrichtungsgegenständen und Wirtschaftsgeräthen, bewilligt werden.

Die Versteigerung wird am 9. und 10. Oktober 1860 Vormittag von 9 bis 12 Uhr und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr in der Art vorgenommen, daß am 9. Oktober 1860 Vormittag um 9 Uhr die Bauernrealität c) in Goretze Urb. Nr. 180 ad Gairach, und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr die daselbst befindlichen Jochnisse jeder Gattung, am 10. Oktober 1860 Vormittag von 9 bis 12 Uhr die Realität unter a, b, c und d in Gairach Urb. Nr. 93 und 213 selbst, und Nachmittag von 2 bis 5 Uhr aber alle dabei befindlichen todt und lebenden Jochnisse jeder Gattung veräußert werden.

Diese Realitäten sind an der gut konservierten Gairacher Bezirksstraße und an dem mit stetem Wasser versehenen Graßnigbache gelegen, und eignen sich zu jeder industriellen Unternehmung um so mehr, als sich in unmittelbarer Nähe die großartigen Herrschaft Gairacher und sonstige Waldungen befinden.

Es werden daher Kauflustige zur zahlreichen Erscheinung mit dem Besitze eingeladen, daß die Bedingungen für die Realitäten, welche täglich hier eingesehen werden können, sehr billig gestellt sind.

Der Meistbot für die Jochnisse muß aber gleich gezahlt werden, und es beträgt das Batium für die

Realität unter a, b und c 400 fl. für die Realität unter d 100 fl. und für die Realität unter e 190 fl. K. k. Bezirksamt Tüßler, am 21. September 1860.

3. 1620. (3)

Nr. 3034.

E d i t.

Mit Bezug auf das Edikt vom 30. Juni d. J. 3. 2051, wird allgemein bekannt gemacht, daß die 1. und 2. Teilbietung den Lorenz Svetitschen Realität in Saboghen für abgethan erklärt, und die 3. auf den 19. November 1860 angetragene Teilbietung, als Einzige und Letzte verhandelt wird. K. k. Bezirksamt Oberlaibach, als Gericht, am 7. September 1860.

3. 1503. (10)

In der

Privat-Mädchenschule

der

Leopoldine Petritsch,

Fürstenhof Nr. 206, ersten Stock, wird der Schulkurs am 1. Oktober 1860 beginnen.

In dieser Schule, für welche stets die tüchtigsten Lehrkräfte tätig sind, werden nebst allen für die Normal-Hauptschulen vorgeschriebenen Gegenständen auch Geographie, Weltgeschichte, Naturgeschichte und Naturlehre, dann die italienische, englische und französische Sprache, so wie auch Fortepiano, Gesang, Zeichnen und alle weiblichen Handarbeiten in abgesonderten geräumigen Lehrzimmern gelehrt.

Für die französische Sprache ist eine tüchtige Französin aufgenommen worden, daher eine gründliche Bildung in dieser Sprache mit Zuversicht erwartet werden kann.

Auch können in die „Fortbildungs-Klasse“ größere Mädchen, welche die Normal-Klassen bereits beendet haben, jedoch eine höhere, dem jetzigen Zeitgeiste angemessene Bildung anstreben, für einzelne Gegenstände, als: deutsche Literatur, Weltgeschichte, Naturlehre u. — natürlich um geringere Preise — eintreten.

Ebenso werden Mädchen in Kost und Quartier gegen sehr billige Bedingungen aufgenommen und es wird bereits erwachsenen Mädchen abgesondert gründlicher Unterricht im Kochen, in allen weiblichen Handarbeiten und in der Haushaltung erteilt.

Die Programme dieses Institutes liegen bei der Gefertigten zur Einsicht vor.

Leopoldine Petritsch,
Besitzerin.

3. 171. (3)

Clotilde Meditz,

Kleidermacherin,

Schustergasse, Nr. 170, II. Stock,

empfiehlt sich der geehrten Damenwelt und garantiert bei billiger Bedienung solide und nach dem neuesten Mode-Journal gefertigte Arbeit; auch werden bei derselben Lehrlinge gegen billiges Lehrgeld aufgenommen und ausgebildet.

3. 1719.

Billiges Quartier

vom 1. Oktober l. J. bis 24. April 1861, gegen 100 fl. öst. W. zu vermieten.

Dasselbe besteht aus 3 Zimmern, 1 Küche, 1 Speisgewölbe, 1 Holz- und 1 Dachkammer, und ist am Schulplatz Haus Nr. 288, 2. Stock, mit der Aussicht gegen das Schulgebäude, die Domkirche und Pelana-Vorstadt, gelegen.

3. 1660. (3)

Marie Edle v. Zollerndorf,

macht hiemit bekannt, daß in ihrer Privat-Mädchenschule der Lehrkurs mit 1. Oktober beginnt, und die Mädchen in allen Gegenständen der 4 Klassen, in der Geographie und Weltgeschichte, im Zeichnen, in allen weiblichen Handarbeiten, im Klavierspielen, im Italienischen, sowie im Französischen, durch Madame Anfossi, einer gebornen Französin, unterrichtet werden.

Wohnhaft in der Spitalgasse Nr. 277, im 2. Stock.

3. 267. (11)

Die neuesten und geschmackvollsten Muster von in- u. ausländischen Papier-Tapeten von 30 fr. bis 5 fl. öst. W. per Rolle à 10 Ellen, liegen zur Ansicht bereit in der Schnitt-, Kurrent- und Modewaren-Handlung des Albert Trinker am Hauptplatz Nr. 239, vis-à-vis des im vormals Herrn Franz Reßmann'schen Hause innegehabten Lokales.

3. 1700. (2)

Zwei Kostknaben,

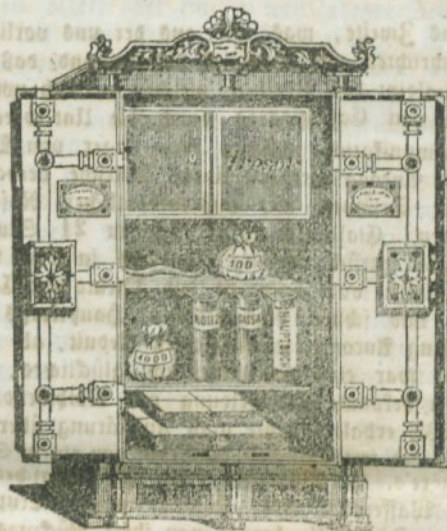
Schüler der vierten Normal-Schulklasse, finden bei einer soliden Familie Aufnahme. Auskunft hierüber erteilt aus Gefälligkeit H. Putre, Lehrer, Salendergasse Nr. 194.

3. 320. (15)

Kaiserl.

Königl.

erste österreichische landespriv. Fabrik eiserner, feuerfester, gegen Einbruch sicherer



Geld-Kassen

von

J. Werthheim & Wiese in Wien.

NIEDERLAGE: Stadt, Tuchlauben 436.

Unsere Fabrik ist speziell in diesem Artikel in Europa die großartigste, und hat in dem Zeitraum von sechs Jahren gegen 7000 Stück feuerfeste Kassen und Schreibtische fabriciert und verkauft. Die bisher möglichsten Verbesserungen und Fortschritte in diesem so wichtigen Artikel finden Anwendung, und keine Kosten werden gescheut, das Fabrikat auf der anerkannt hohen Stufe zu erhalten.

In circa 30 vorgekommenen Fällen bei Feuer- und Einbruch-Versuchen haben sich unsere Kassen laut amtlichen Zeugnissen als bestens bewährt und deren Inhaber den Inhalt gerettet.

3. 1720. (1)

Meine bisherige Wohnung in der Linzergasse wird zu Michaeli verändert.

Eingezogen ins Haus Nr. 46, alter Markt, nächst der St. Florianskirche.

Das Kornbrot, das nur bei mir zu bekommen ist, wird zur größern Bequemlichkeit des Publikums beim hiesigen Wildpret-Händler im gräflichen Stubenberg'schen Hause Nr. 281, A. Miklauzhitz, zu bekommen sein.

Johann Podlager,

Bäckermeister.